

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

101 (30.4.1928) [30.4. u.] Beilage des Volksfreund

Betrug in der Aufwertungsfrage

Wie die Deutschnationalen gelogen und betrogen haben - Alle Bürgerblockparteien als Helfer beim Betrug - Eine lehrreiche Geschichte für Reichstagswähler

Was hat nicht die Deutschnationale Partei vor den Reichstagswahlen des Jahres 1924 ihren Wählern in der Frage der Aufwertung der durch die Inflation verloren gegangenen Sparaufbehalten versprochen gemacht? Viele Wähler sind hierbei auf den Reim gegangen: Bald aber haben sie sich recht enttäuscht. Und das ist die Sozialdem. Fraktion, die in der Zwischenzeit, so oft sie im Jahre 1923 die allgemeine Forderung der Aufwertung im Reichstag die ersten folgenden Verträge gemacht, die Rückzahlung entwerteter alter Goldmarkforderungen einen Riesenfortschritt darstellte. Der verantwortliche Abgeordnete Dr. Düringer beantragte ein Gesetz, das die Rückzahlung von Sparaufbehalten über den Reichstag hinaus in die Verantwortung des Reiches übertrug. Der Reichstag hat diesen Antrag nicht angenommen. Die Deutschnationalen haben sich aber nicht damit begnügt, sondern sie haben sich im Reichstag als die einzigen, die die Rückzahlung der Sparaufbehalten als ihre Hauptforderung in den Reichstagsreden hervorgehoben. Sie haben sich im Reichstag als die einzigen, die die Rückzahlung der Sparaufbehalten als ihre Hauptforderung in den Reichstagsreden hervorgehoben. Sie haben sich im Reichstag als die einzigen, die die Rückzahlung der Sparaufbehalten als ihre Hauptforderung in den Reichstagsreden hervorgehoben.

Deutschnationalen Reichstagsfraktion, sich mit dem Versuch, seinen Entwurf im Reichstag einzubringen, auf den härtesten Widerstand, bei der großen Mehrheit seiner Fraktionskollegen. Das einzige Mandat, mit dem die Deutschnationalen vorläufig noch den Schein zu wahren suchten, bestand darin, daß sie die Aufhebung einer kleinen Notverordnung vom 4. Dezember 1924 beantragten, die dazu diente, die formale Rechtsfähigkeit wieder herzustellen. Durch Urteile des Reichsgerichts und des Kammergerichts, die sich gegen einzelne Durchführungsbestimmungen zur dritten Steuernotverordnung wandten, war die äußerliche Rechtsfähigkeit ins Wanken geraten. Die Sozialdemokratische Fraktion faßte die Deutschnationalen Antragsteller beim Wort, indem sie sich für diesen Antrag erklärte und die sofortige Abtötung über ihn verlangte. Jetzt wurde die Deutschnationale Forderung bereits offenbar. In ihrer Verlegenheit verlangte sie die sofortige Abtötung über ihren Antrag. In drei Ausschüssen widerlegten sie sich dann einer Abstimmung, weil bei der Zustimmung der Sozialdemokratie die Annahme des Antrags gesichert war! Als schließlich unsere Genossen die Abstimmung erzwangen, stimmten die Deutschnationalen ihren eigenen Antrag nieder. Gemeinsam mit den übrigen Regierungsparteien brachten sie dann ein kleines Zwischengesetz ein, das lediglich bestimmte, daß Streitverfahren in Aufwertungsfragen, die bei den Gerichten anhängig waren, auf Antrag des Gläubigers oder des Schuldners bis zum Inkrafttreten des neuen Aufwertungsgesetzes auszusetzen seien. Für den ursprünglichen Deutschnationalen Antrag stimmte nur noch die Fraktion der Reichstagsmehrheit unter Führung der Deutschnationalen Antragsteller. Letzte ihm ab. Das kleine Zwischengesetz fand Annahme. Die Regierung suchte die Deutschnationale Blamage zu mildern durch die vom Justizminister Frecken abgegebene Erklärung, daß dem Reichstag binnen drei Wochen ein neuer Aufwertungsgegenstand zu geben werde. Diese drei Wochen verstrichen, der Gegenstand blieb aus. Weitere Wochen gingen ins Land und immer noch sah und hörte man nichts von der feierlich verkündeten Vorlage. Die Sozialdemokratische Fraktion stellte daher am 6. März 1925 den Antrag, die dritte Steuernotverordnung auf den 31. März aufzuheben. Der Antrag enthielt ausdrücklich, daß die Deutschnationalen bereits im Juni 1924 gestellt hatten, nur daß damals als Tag der Aufhebung der 31. Juli 1924 vorgeschrieben war. Bei Beratung des oben erwähnten kleinen Zwischengesetzes hatte der Deutschnationale Abgeordnete Dr. Steiniger zur Bemängelung des Antrags seine Fraktion davon gelassen, daß ein hydroaulischer Druck, auf die Regierung zwecks baldiger Einbringung des neuen Entwurfs ausgeübt werden müsse. Diesen hydroaulischen Druck wollte nunmehr die Sozialdemokratische Fraktion mit ihrem Antrag verhängen. Aber wiederum wichen die Deutschnationalen aus. Auf ihren Antrag wurde der sozialdemokratische Antrag an den Ausschuss verwiesen mit dem Erlaß, daß die Deutschnationalen als Aufhebungsfrist den 31. März und später bei der Stellungnahme des Ausschusses am 30. Juni einzuhalten. Während sie also im Vorjahr den Schein erweckten, als ob es ihnen mit der Aufhebung der dritten Steuernotverordnung nicht rasch genug auge, suchten sie jetzt den Tag der Aufhebung so weit wie möglich hinauszuschieben. Um überhaupt einen Endtermin für die Wirksamkeit der dritten Steuernotverordnung zu bestimmen, verbat die Sozialdemokratie nach Ablehnung ihres eigenen früheren Termins dem 30. Juni zur Annahme. Aber auch dieser Termin wurde nicht eingehalten. Bevor die angekündigte Regierungsvorlage das Licht der Welt erblickte, gab es noch einige Zwischenpiele. Das Gelingen der Wiederherstellung der formalen Rechtsfähigkeit war bis zum 31. März befristet. Als dieser Zeitpunkt näher rückte und zur Neubelegung der Aufwertungsfrage noch nichts geschehen war, wurde die Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 30. Juni verlängert. Sodann stellten die Sozialdemokraten im Aufwertungsaußen Ausschuss den Antrag: Die Reichsregierung zu ersuchen, zur Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung der öffentlichen Anleihen dem Reichstag einen Gehaltentwurf vorzulegen, durch den die Verzinsung, die in der Krieges- und Nachkriegszeit neu entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht wesentlich vermindern, sowie die Gewinne aus Grundstücksverkäufen an einer Sonderbestimmung unterworfen werden, wobei die Vermögens, die eine bestimmte Größe nicht übersteigen freizulassen sind. Die Regierungsparteien fanden den Gedanken des Antrags „unrecht“, „unmöglich“, „schund“, hatten aber doch nicht den Mut, dem Antrag auszuweichen. Sie fanden einen Ausweg mit dem Vorschlag nach einer Denkschrift von der Regierung über die Besteuerung der Inflationsgewinne. Diese Denkschrift erschien nach einigen Wochen, kam aber in der Hauptsache zu einem ablehnenden Ergebnis. Trotzdem beharrten die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder auf ihrem Antrag; es gelang ihnen auch, erneute Verkleinerungsversuche der Regierungsparteien zu durchkreuzen und eine Mehrheit von 14 gegen 12 Stimmen für ihren Antrag zu erzielen. Das kam daher, daß der Abgeordnete Dr. West im Ausschuss sich von seinen Fraktionskollegen trennte und ebenso wie der kurz vorher als Nachfolger eines verstorbenen Abgeordneten im Reichstag eingetretene Zentrumsabgeordnete Hof für den Antrag stimmte. Als dann aber verlangt wurde, daß der vom Ausschuss angenommene sozialdemokratische Antrag nun auch im Plenum beraten werde, widersetzten sich die Regierungsparteien mit allen nur denkbaren Geschäftsmethoden. Die Beratung und Annahme des Antrags wurde damit vereitelt. Er ist heute noch unerledigt. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen stellten die Sozialdemokraten wiederholt die Frage, warum Dr. West seinen Entwurf, der im Wahlkampf eine so große Rolle gespielt hatte, dem Reichstag nicht vorlegte. Das hatte zur Folge, daß schließlich Dr. West, unterstützt von 16 Fraktionskollegen (15 Unterfraktion waren dazu erforderlich) endlich seinen Entwurf einbrachte. Die 16 Unterfraktionen hatte Dr. West im Kreise seiner 111 Fraktionskollegen nur erlangt mit der Drohung, daß er sich die Unterstützung bei anderen Fraktionen suchen werde, wenn er sie bei den eigenen nicht finde. Im Ausschuss aber stieg der sozialdemokratische Antrag, sofort in die Beratung einzutreten, der damit begründet wurde, daß man ja nicht

wisse, wie lange die Regierungsvorlagen noch auf sich warten ließen, auf den Widerstand der Rechten. In all diesen Erörterungen gab die Sozialdemokratie deutlich zu verstehen, daß sie sich nicht uneingeschränkt auf den Boden des Besten Entwurfs stelle, sondern ihn nur als Grundlage für eine Beratung benutzen wolle.

Aus aller Welt

Schweres Autounfall
Paris, 30. April. In La Courneuve reiste gestern ein mit 6 Personen besetztes Auto in voller Fahrt von der hochgelegenen Straße in einen Steinbruch. Die Frau und drei Freunde des Besitzers wurden auf der Stelle getötet, der Besitzer und ein weiterer Fahrgast schwer verletzt.

Luftmord
Opladen, 29. April. Einem entsetzlichen Luftmord fiel in einem benachbarten Ort die 9jährige Helene Lange zum Opfer. Das Kind hatte morgens die elterliche Wohnung verlassen, um sich zur Schule zu begeben. Sie mußte dabei einen Waldweg benutzen. Das Kind wurde in einem Tunnelbüschel als Leiche aufgefunden. Als der Tat verdächtig wurde der 28 Jahre alte Arbeiter Karl Thomaten verhaftet, der die Tat bereits eingestanden hat.

Ein Flug Berlin-Paris in fünfeinviertel Stunden
Paris, 29. April. Ein deutsches dreimotoriges Flugzeug ist mit 11 Passagieren an Bord heute nachmittags 17.15 in Le Bourget eingetroffen. Es hat die Strecke Berlin-Paris (1000 Kilometer) in 5.15 Stunden, d. h. mit einer mittleren Geschwindigkeit von 190 ohne Zwischenlandung zurückgelegt. Köln wurde 14.40 Uhr überflogen.

Doppelmord
Nikolai (Oberhessen), 28. April. Der Maschinenwärter Josef Lupa ermordete am Donnerstag vormittag seinen 70 Jahre alten Vater in dessen Wohnung, indem er ihm hinterläßt 3 Weilschieße auf den Kopf verlesete. Während der Täter von der Polizei in den Wäldern der Umgebung gefolgt wurde, begab er sich nach Nikolai zu dem Sanitätsrat Dr. Bedralet, der ihn vor etwa 5 Wochen behandelt hatte. Lupa erkrankte den Arzt um Ausstellung eines Rescriptions. Während der Arzt dieses schrieb, zog Lupa das unter dem Mantel verborgene Weilschieß hervor und verlesete dem Arzt gleichfalls mehrere Schläge auf den Kopf, die den Tod zur Folge hatten. Der Täter flüchtete dann nach der Kolonie Badegerebe zurück. Er verweigerte unterwegs Selbstmord zu begehen, wurde daran jedoch von der Polizei verhindert, die ihn verhaftete.

Den Sohn in der Notwehr erschossen
Ludwigshafen, 28. April. Hier erschoss in der vergangenen Nacht ein Oberleutnant seines 26jährigen Sohn, der in der Trunkenheit seine Mutter bedroht hatte und gegen den Vater tätlich vorging.

Zusammenstöße nach Wahlversammlungen
Berlin, 28. April. Nach Beendigung einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei kam es im Westen der Stadt zu verheerenden Ausschüben, die in Tätlichkeiten ausarteten. Dabei wurden mehrere Personen verletzt. Einige der Täter konnten festgenommen werden. — In Charlottenburg kam es nach Schluß von Versammlungen ebenfalls zu Schlägereien, wobei ein Kaufmann erheblich verletzt wurde. Die Täter schlugen bei ihrer Festnahme auf die Beamten ein, so daß diese von ihren Gummihandschuhen Gebrauch machen mußten. Erst später gelang es, die Täter festzunehmen.

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Fortschrittler
Berlin, 30. April. Wie die Montagspost meldet, kam es am gestrigen Sonntag abend in Tempin zu nächtlichen Zusammenstößen zwischen Berliner Fortschrittler und Schülern der Fortschrittlichen. Dabei wurden 5 Fortschrittler schwer verwundet und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Bei der Ankunft in Berlin wurden die Fortschrittler von Kommunisten von der Polizei angehalten. 100 Fortschrittler wurden festgenommen und dem Polizeipräsidium anvertraut. Einer der Verletzten ist so ausgerichtet worden, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Die Unruhen in Mexiko
Aus Mexiko wird gemeldet, daß bei den Kämpfen mit den Bundesstruppen drei Amerikaner und 25 Rebellen getötet worden seien. Bei einem Zusammenstoß zwischen Bundesstruppen und Partisanentruppen im Staate Jalisco seien 30 Rebellen getötet worden. Einzelheiten fehlen. 13 Amerikaner sollen bei Samara getötet worden sein.

Todesurteile in Rußland
Moskau, 29. April. Der ehemalige Vorsitzende des Zentralerekutivkomitees der Krim, Weli Ibrahimoff und sein ehemaliger Stellvertreter Muktala, wurden vom Gericht in Simferopol zum Tode verurteilt unter Ausschließung der Vergünstigung der Amnestie. Dem Verurteilten lag eine Anklage wegen Beziehungen zu Banditen, Mord und Unterschlagung zu Grunde. Weitere Angeklagte wurden zu verschiedenen Freiheitsstrafen verurteilt, drei wurden freigesprochen.

Maisfeier Durlach!
Das Kartell hat beschlossen, den 1. Mai durch Arbeit zu hegen.
Dienstag, 1. Mai, sammelt sich die Arbeiterschaft von Durlach und Umgebung im Stadtpark zur Demonstration.
Festredner Kollege Handke vom D. Metallarbeiterverband, Stuttgart.
Musikvorträge, Demonstrationen.
Frauen, Männer! Heraus zur Demonstration!
ADGB, Durlach.

Hört!

Knorr Erbswurst

und andere Suppen in Wurstform

Es gibt nichts praktischeres wie uns. In kaltem Wasser angerührt und dann 20 Minuten gekocht und schon stehen wir als eine wohlschmeckende, nahrhafte Suppe auf dem Mittagstisch, wie sie besser wohl kaum hergestellt werden kann. Sie sparen Zeit, Arbeit, Kohlen und Geld, wenn Sie uns regelmäßig verwenden. Bei dem reichhaltigen Sorten-Verzeichnis können Sie große Abwechslung auf Ihren Mittagstisch bringen.

1 Stück = 100 gr = 4 Teller 1 Stück = 150 gr = 6 Teller

2340

telefonieren Sie an wenn Sie

WANZEN

samt Brut mit dem glänzend bewährten A. S. - Verfahren ganz unauffällig u. diskret mit Garantie verfertigt haben wollen.

D. V. G. U.

Anton Springer
aus Stillingenstr. 21.
Aelteste, größte und leistungsfähigste Anstalt am Platze. 280